

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Rainer Widmann, Kurt List**

Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Einführung von Studiengebühren**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum TOP 10: Bundesgesetz, mit dem das Universitätsgesetz 2002 geändert wird (1741 d.B.)

Mit dem von der Regierung vorgelegten Bundesgesetz soll das Universitätsgesetz 2002 dahingehend geändert werden, dass eine Verkürzung der Fristen für Studienzulassungen sowie von Nostrifizierungen erfolgt.

Diese Änderung ist durchaus begrüßenswert und wurde deshalb auch im Ausschuss bereits einstimmig angenommen. Die großen Brocken, die im Universitätsgesetz längst reformiert gehören, bleiben aber diesmal unangetastet, wie etwa die Frage der Studiengebühren.

Mittlerweile haben sich Vertreter aller Fraktionen längst für die Wiedereinführung von Studiengebühren ausgesprochen. In diesem Zusammenhang darf an folgende Aussagen erinnern erinnert werden:

„OTS0216 / 13.12.2010 / 17:05

ÖSTERREICH: Auch Burgstaller für Studiengebühren

Wien, Salzburg (OTS) - Wie die Tageszeitung ÖSTERREICH in ihrer Dienstag-Ausgabe berichtet, bröckelt die Front gegen Studiengebühren in der SPÖ gehörig. Im Gespräch mit ÖSTERREICH können sich gleich mehrere SPÖ-Landeschefs eine Abkehr vom Gratis-Studium vorstellen.

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sagt gegenüber ÖSTERREICH: "Ich bin für die Einführung von Studiengebühren, wenn es gleichzeitig ein gerechtes Stipendiensystem gibt, zum Beispiel Studien-Darlehen."

Auch der steirische Landeschef Franz Voves bekräftigt dezidiert: Sozial gestaffelte Studien-Gebühren ja, wenn gleichzeitig über fairen Nettoeinkommensvergleich der Eltern auch ein sozial treffsicheres Stipendien-System möglich ist."

Und Burgenlands SP-Landeshauptmann Hans Niessl stößt ins gleiche Horn: "Warum soll der Sohn des Generaldirektors keine Studiengebühren bezahlen?"

derStandard.at

Spindelegger: ÖVP will Studiengebühren notfalls ohne SPÖ einführen

INTERVIEW | 21. Oktober 2011 18:13

Spindelegger fordert die Universitäten dazu auf, autonom Gebühren einzuheben

ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger droht der SPÖ ganz unverhohlen: Er will Studiengebühren zur Not auch gegen den Willen der SPÖ durchsetzen, erklärt er im Interview mit dem Standard. Er fordert die Universitäten auf, autonom Gebühren einzuheben. Zumindest eine Uni könnte einen Probelauf versuchen. Über die Rechtmäßigkeit solle der Verfassungsgerichtshof entscheiden.

Die Position des BZÖ zu diesem Thema wurde ebenfalls bereits dargelegt, wir stehen zum Leistungsgedanken und wollen diesen auch im tertiären Bereich durch die Einführung von „fairen“ und leistungsbezogenen Studiengebühren fördern.

Folgendes Modell wird vorgeschlagen:

Pro Semester werden Studiengebühren in der Höhe von EUR 500,- eingehoben; Studierende die ihr Studium in der Mindeststudienzeit + zwei Toleranzsemester absolvieren, bekommen am Ende ihres Studiums die Studiengebühren samt Zinsen rückerstattet!

Dieses Modell soll vom bereits präsentierten BZÖ-Uni-Bonus-Modell und von leistungsorientierten sowie sozial gestaffelten Studienbeihilfen begleitet werden.

Das wäre eine vernünftige, leistungsorientierte und innovative Lösung, die Universitäten entlasten würde, weil „Bummelstudenten“ von den Universitäten ferngehalten würden.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird ersucht, dem Nationalrat eine Novelle zum Universitätsgesetz 2002 vorzulegen, die jedenfalls die Einführung von Studiengebühren in der Höhe von EUR 500,- pro Semester und Studierendem, aber auch eine Refundierung der Gesamtbetrages samt Zinsen vorsieht, sollte der Studierende in der Mindeststudienzeit + zwei Toleranzsemester sein Studium absolvieren. Diese Maßnahmen sollen vom bereits präsentierten BZÖ-Uni-Bonus-Modell und von leistungsorientierten sowie sozial gestaffelten Studienbeihilfen begleitet werden.“



Wien, am 19.04.2012